

Sachbearbeiterin Schlagenhauf stellt den Inhalt im Sinne der Sitzungsvorlage zur besseren Nachvollziehbarkeit anhand einer angefertigten Präsentation vor.

Ratsmitglied Reinert fragt an, was im Rahmen des Sanierungsmanagements an den Straßen gemacht werde, denn wenn sich nichts tue würde der Ortsteil „versiffen“. Viele Anwohner aus diesem Bereich würden lieber die Straße sanieren, statt der Häuser. Sachbearbeiterin Schlagenhauf führt aus, dass eine Straßensanierung nicht Bestandteil des Sanierungsmanagements sei. Die gewonnenen Erkenntnisse über die Straßen könnten sich jedoch positiv auf einen möglichen Straßenausbau auswirken.

Im Zuge der Vorstellung der Präsentation berichtet Sachbearbeiterin Schlagenhauf darüber, dass ein Investor ein Mehrparteienhaus sanieren möchte im Rahmen des Quartierskonzepts. Ratsmitglied Weidner fragt an, wer der Investor sei. Sachbearbeiterin Schlagenhauf berichtet, dass im Rahmen des Datenschutzes hierüber keine Auskunft gegeben werden kann.

Ratsmitglied Brand-Emme fragt an, wie viele Eigentümer bisher von dem Beratungsangebot Gebrauch gemacht haben. Bisher haben 12 Eigentümer von dem Beratungsangebot Gebrauch gemacht, berichtet Sachbearbeiterin Schlagenhauf.

Bezüglich der Fördermöglichkeiten merkt Ratsmitglied Thomas an, dass es noch weitere Förderungen gebe, wenn man von einer Öl-Heizung auf eine Hybrid-Heizung wechsele.

Fachbereichsleiter Schwieters erläutert, dass das Sanierungsmanagement einen Mehrwert für den Ortsteil bringe. Zudem könnten die Eigentümer der Immobilien sich unter Mitnahme einer erheblichen Einsparung in Bezug auf energetische Sanierung auf Gemeindegeldern beraten lassen.

Bürgermeisterin Lübbers betont nochmals, dass das Energetische Sanierungsmanagement kein Städtebausanierungsprogramm darstelle. Dies sei im zurückliegenden Beratungszeitraum immer wieder erläutert worden. Es könne jedoch für einen Ausbau als Beratungsgrundlage oder zur Hilfestellung dienen.

Auch Ratsmitglied Gaidosch merkt an, dass es sich um ein energetisches Sanierungsmanagement handele und nicht um Straßenausbau. Man habe nun die Möglichkeit, den Bürgerinnen und Bürger ein kostenloses Beratungsangebot zur Verfügung zu stellen, welches eventuell die Möglichkeit gibt, das Eigentum energetisch zu sanieren. Sachbearbeiterin Schlagenhauf ergänzt, dass es zudem bei dem Projekt darum gehe CO₂ einzusparen.

Ergänzend merkt Ratsmitglied Grünefeld an, ob die Laufzeit, die 15 Jahre beträgt, auch verlängert werden könnte. Die Laufzeit gemäß Baugesetzbuch beträgt grundsätzlich 15 Jahre, merkt Sachbearbeiterin Schlagenhauf an. Diese könne jedoch durch Ratsbeschluss auch verlängert werden.